

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pphn d

Inhalt

Hans Urbaniak MdB bewertet die Auswirkungen des Stahlprogramms: Die Erholung der Stahlindustrie darf nicht gebremst werden.

Seite 1

Peter Paterna MdB kommentiert Rechnungshof-Bericht zur Verkabelung: Schwarz-Schillings Kabel-Chaos amtlich bestätigt.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB zeigt, wo die eigentlichen Gegner des Umweltschutzes sitzen: Die Umweltlobby ist zu schwach.

Seite 4

Ernst Waltemathe MdB fordert eine Stiftung für die vergessenen Opfer der NS-Herrschaft: Entschädigung - ein Gradmesser für die Humanität unserer Gesellschaft.

Seite 5

41. Jahrgang / 181

23. September 1986

Die Erholung der Stahlindustrie darf nicht gebremst werden

Mit dem Stahlprogramm sind die Probleme nicht gelöst

Von Hans Urbaniak MdB

Nach dem Subventionsbericht 1985 der EG-Kommission, der jetzt vorliegt, hat man die verworrene Lage über die Subventionszahlungen schwarz auf weiß vor sich liegen. Alleine in die französische Stahlindustrie sind danach viele Milliarden geflossen, um die Existenz der überalterten Unternehmen, Anlagen und Maschinen zu sichern. Vergleichsweise dazu gingen nach dem Stahlprogramm bis Ende 1985 an deutsche Unternehmen nur drei Milliarden. Dabei muß man aber bedenken, daß die deutschen Gelder aufgeteilt sind in Investitions- und Strukturhilfen, wobei die Strukturhilfen von der deutschen Stahlindustrie zurückgezahlt werden müssen. Das bedeutet in der Konsequenz, daß außer den deutschen Stahlunternehmen alle anderen Mitgliedsländer die gezahlten Gelder als geschenkt betrachten dürfen. Sollte der Bundeswirtschaftsminister - und davon ist auszugehen - auf der Rückzahlung der Strukturverbesserungshilfen bestehen, so wird die langsame Erholung der deutschen Stahlindustrie wieder im Keim erstickt. Durch diese erneute Ungleichbehandlung besteht die Gefahr, in eine neue, diesmal hausgemachte Krise zu stürzen, deren Folgen unabsehbar wären. Eine weitere Gefährdung der Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie ist der Import aus Drittländern, hier besonders aus Brasilien - einem Niedriglohndland -, die ihren Export in die EG ganz erheblich gesteigert haben. Die Folge davon ist, daß die Stahlproduktion 1986, aber auch 1987, in der Bundesrepublik Deutschland erheblich zurückgeht. Auch der momentane Verfall des US-Dollar trägt erschwerend dazu bei, daß sich die Scharenentwicklung zuungunsten der deutschen Stahlindustrie entwickelt.

Der von der EG-Kommission angestrebten Liberalisierung kann von deutscher Seite nur dann zugestimmt werden, wenn wirklich alle Mitgliedsländer auf Subventionen verzichten und sich entgegen der bisherigen Praxis auch daran halten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreuzträger-Lösung
mit erhaltenen Rücksende-
Bemerkungsfeldern



Ein weiterer Punkt, in dem Einigung erzielt werden muß, ist das Problem der Dumping-Verfahren. Es muß sichergestellt werden, daß im Falle des Dumpings die Konventionalstrafe von dem Zeitpunkt an zu gelten hat, wo das Verfahren eingeleitet worden ist und nicht erst nach erfolgtem Schuldnachweis, der unter Umständen erst nach Monaten erbracht werden kann. Nach heutigen Vereinbarungen über die Freisetzung von Arbeitnehmern für die nächsten zwei Jahre sind voraussichtlich zwischen 10- und 20.000 Menschen betroffen. Das bedeutet, daß die Sozialplanmaßnahmen nach Artikel 56 EGKS-Vertrag so ausgebaut werden müssen, daß die bisherigen Konditionen für die bereits Ausgeschiedenen beibehalten werden und niemand in das soziale Abseits gerät.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, unverzüglich im Sinne der deutschen Stahlindustrie zu handeln, denn wenn sie davon ausgeht, daß mit dem Stahlprogramm die Probleme gelöst sind, so ist dies nur als gravierender Irrtum zu bezeichnen. Nach vorliegenden Erkenntnissen sind in den Mitgliedsstaaten Planungen im Gang, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1987 erhebliche Subventionsbeiträge vorsehen. Das ist der klare Beweis, daß gegen den Subventionskodex auch in Zukunft weiterhin verstoßen werden wird. Im Klartext bedeutet diese Haltung der Mitgliedsländer für die deutsche Stahlindustrie und ihre Arbeitnehmer, daß sie sich nach wie vor in dem Teufelskreis befindet, mit Tüchtigkeit und ausgefeilter Technik gegen die Staatshaushalte der anderen Mitgliedsländer ankämpfen zu müssen.

Ein Kampf, der nicht gewonnen werden kann; ein Kampf, der die deutsche Stahlindustrie schon in den 70er Jahren Zigtausende von Arbeitsplätzen gekostet hat; ein Kampf, der dazu geführt hat, daß hochtechnische Anlagen den total veralteten der anderen Mitgliedsländer weichen mußten.

Es wird höchste Zeit, daß die Bundesregierung unter Einsatz aller Kräfte dafür sorgt, daß sich diese Zustände, die die deutsche Stahlindustrie schon einmal an den Rand des Abgrunds gebracht haben, nicht wiederholen.

(-/23.9.1986/vo-he/st)

* * *



Schwarz-Schillings Kabel-Chaos amtlich bestätigt

Der Bundesrechnungshof hat erst die Spitze des Eisberges freigelegt

Von Peter Paterna MdB

Der Bundesrechnungshof hat mit seinem Prüfungsbericht 1986 zur Breitbandverkabelung nicht nur die seit Jahren immer wieder mit Zahlen vorgetragene Kritik der Sozialdemokraten bestätigt - er hat den „Offenbarungseid“ von Bundespostminister Schwarz-Schilling quasi amtlich gemacht.

Die vorliegenden Informationen aus dem noch nicht zugänglichen Bericht lesen sich wie Feststellungen eines Konkursrichters:

- Schwierigkeiten und Mängel bei der Planung,
- Abweichungen von den eigenen Vorschriften,
- Fehlende Rentabilitätsvorgaben,
- Mängel in der Führungsebene,
- Unzureichende und pauschale Vorgaben.

Die Vorwürfe sind so massiv, daß selbst der trickreiche und sonst nie um Ausreden verlegene Postminister diesmal nicht widersprechen konnte.

Er begründete seine Vorgehensweise mit medienpolitischen Absichten - zur Medienpolitik ist er aber in seinem Amt gerade nicht befugt.

So vernichtend die Kritik an Postminister Schwarz-Schilling ist, letztlich ist der Bundesrechnungshof noch vergleichsweise glimpflich mit ihm umgegangen. Er erachtet es immerhin als Fortschritt, wenn seit dem Jahre 1986 (!) im Bereich der Breitbandverkabelung an einem „Informations- und Steuerungssystem“ gearbeitet wird, das im Jahre 1988 (!) eingeführt werden soll.

Man stelle sich einen Privatunternehmer vor, der zu Beginn des fünften Jahres seiner geschäftlichen Betätigung anfängt, Gedanken über die Zukunft seiner Investitionen und deren Rentabilität anzustellen. Man darf auf die Bewertung der für das „freie erfolgreiche Unternehmertum“ streitenden Parteifreunde Schwarz-Schillings gespannt sein.

Wir werden den Bericht umfassend und sorgfältig analysieren, sobald er vorliegt. So wie sich die Lage darstellt, hat der Bundesrechnungshof lediglich die Spitze des „Eisberges“ freigelegt.

Anzeichen deuten darauf hin, daß es in diesem Bereich zu erheblichen weiteren Unregelmäßigkeiten gekommen ist - bis hin zu offensichtlichen Buchungstricks, welche Kosten der Breitbandverkabelung den normalen Fernmeldekunden in die Schuhe schieben. (-/23.9.1986/vp-ha/hü)



Die Umweltlobby ist zu schwach

Staatssekretär a.D. Hartkopf hat Recht

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der langjährige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Hartkopf, hat vor einiger Zeit auf einer Tagung des Deutschen Beamtenbundes ein Referat gehalten, das einiges Aufsehen verursacht hat.

Hartkopf hat dargestellt, mit welchen, in ministeriellen Bürokratien allerdings üblichen Methoden für Umweltschutz zuständige Beamte versucht haben, die Durchsetzungschancen „ihrer“ Sache zu verbessern. Dieses Referat ist vielfach völlig schief wiedergegeben und so interpretiert worden, als habe eine große Umweltverschwörung gegen die Wirtschaft stattgefunden.

Dabei hat Hartkopf völlig Recht, wenn man mal einige Überzeichnungen beseite läßt, die der ehemalige Beamtenlobbyist, der Hartkopf auch war, vor der Lobby der Beamten wohl aus Höflichkeit dargeboten hat.

Es ist sicher auch richtig, daß in Sachen Umweltschutz Beamte mehr Politik gemacht haben als nach den Grundsätzen des Berufsbeamtentums angemessen gewesen wäre. Aber: dies ist - seien wir ehrlich - in Bonn in fast allen Politikbereichen so und damit ein anderes Problem. Das eigentliche Problem liegt beim Umweltschutz darin, daß diese Rolle der Beamten mit ihren Tricks überhaupt notwendig war, um den Umweltschutz zu einem anerkannten politischen Thema zu machen. Es ist leider so, daß bei uns Verwaltungen, bürokratische Organisationsmuster und entsprechende Verhaltensweisen erforderlich sind, um eine Sache wirkungsvoll zu vertreten. Die Umwelt hat zu lange in der etablierten und traditionellen Politik keine Lobby.

Die gute bis perfekte Organisation und Wahrnehmung der „Gegeninteressen“ der Wirtschaft hat Hartkopf sehr genau beschrieben: „Eine reine Staatsorganisation könnte allerdings keine übermäßigen Erfolge vorweisen. Als Gegner fortschrittlichen Umweltschutzes stehen ihr nämlich große und finanzkräftige Wirtschaftsorganisationen gegenüber, die innerhalb und außerhalb von Verwaltungseinheiten über Verbündete verfügen.“

Und er nennt ziemlich unverblümt, wo die entschiedensten Gegner des Umweltschutzes sitzen: In den staatlichen Wirtschaftsverwaltungen und den Wirtschaftsverbänden, die er als die „üblichen Gegner eines verbesserten Umweltschutzes“ bezeichnet.

Dies ist der Kern der Ausführungen von jemand, der 14 Jahre lang als Staatssekretär Gelegenheit hatte, Erfahrungen zu sammeln.

Und der Bundesregierung hat er ins Stammbuch geschrieben: „Die gegenwärtige politische Diskussion um die 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz zeigt wieder einmal überdeutlich, daß Umweltvorsorge immer noch überwiegend als Bekämpfung der negativen Auswirkungen von Produktion und Produkten verstanden wird, nicht aber als Aufgabe zur Schonung knapper Ressourcen. In dieser Hinsicht stehen wir noch auf der Stufe eines Entwicklungslandes. Die Vergeudung von Rohstoffen und Energie geht ungehindert weiter.“

(-/23.9.1986/st/fr)



Entschädigung - ein Gradmesser für die Humanität unserer Gesellschaft

Ein Stiftungsgesetz für die vergessenen Opfer des Nationalsozialismus

Von Ernst Walternathe MdB

Eile tut not, will das Parlament bis Ende dieses Jahres ein Gesetz zur Entschädigung der „vergessenen“ Opfer des Nationalsozialismus verabschieden. Abzuwarten bleibt zwischenzeitlich noch der Bericht der Bundesregierung über bisherige Entschädigungszahlungen, den diese bis zum 1. November 1986 vorlegen soll.

Damit der Vorwurf der Aufschiebetaktik, den einige Betroffene verständlicherweise bereits äußerten, unhaltbar wird, appelliere ich an die Bundesregierung, den angeforderten Bericht sachgemäß und umfassend zu erarbeiten, und hoffe auf den guten Willen aller Parteien, um eine schnelle, positive Entscheidung zu erreichen.

Denn gerade diese Parlamentsentscheidung ist von großer sozialer Wichtigkeit. Wichtig deshalb, weil die Entschädigung der Opfer der NS-Zeit auch ein Gradmesser für das Demokratieverständnis und die Humanität unserer Gesellschaft ist. Sie wird zeigen, ob wir fähig und willens sind, für an den Rand der Gesellschaft gedrängte Menschen einzutreten, ihnen nach so langer Zeit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Denn wir müssen uns eingestehen, daß die bisherige Praxis für Wiedergutmachungszahlungen nicht vorurteilsfrei war und nicht ohne Diskriminierung erfolgte. Nur so erklärt sich, daß einerseits Zahlungen erfolgten für Schäden im wirtschaftlichen und beruflichen Fortkommen - deren Notwendigkeit ich nicht abstreiten will -, andererseits aber Opfergruppen einfach „vergessen“ wurden.

Sie wurden „vergessen“, weil auf den Völkermord im Dritten Reich die Diskriminierung von Minderheiten in der Nachkriegszeit folgte, so geschehen mit den Roma und Sinti. Sie wurden „vergessen“, weil die „Reinigung des Volkskörpers durch Ausmerzungen von Minderwertigen“ von Ärzten und Juristen auch nach dem Krieg noch für wichtig und richtig gehalten wurde, so geschehen mit den Opfern von Zwangssterilisationen.

Sie wurden „vergessen“, weil sie keine Fürsprecher hatten, so die Zwangsarbeiter und die Angehörigen von Euthanasieopfern. Sie wurden „vergessen“, weil sie nicht nach der gesellschaftlichen Norm lebten, so die Homosexuellen, und weil sie angeblich nicht für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten - so die Kommunisten.

Sie wurden „vergessen“, weil unser Staat 1967 - mit den Worten von Franz-Josef Strauß - „kein Geld an Geisteskranke, Schwachsinnige und schwere Alkoholiker“ verschwenden wollte.

Sie wurden „vergessen“, weil der Stichtag für Entschädigungsanträge nach dem Bundesentschädigungsgesetz, der 31. Dezember 1969, für einige zu einer unüberwindlichen Schwelle wurde.

Sie wurden „vergessen“, weil wir die Zeit des Nationalsozialismus lieber verdrängen wollten.

Hinter dieser Aufzählung stehen Leidensgeschichten, die noch nicht zu einem Ende gekommen sind. Deswegen mußte die Debatte über die Wiedergutmachung wieder in Gang gesetzt werden, gerade deswegen ist jetzt eine schnelle positive Entscheidung vonnöten, eine „schrecklich verspätete“, wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker es ausdrückte.

Noch vor Abschluß dieses Haushaltsjahres will die SPD einen positiven Schlußstrich ziehen:

- Sie unterstützt kulturelle Initiativen, die den Opfern des Nationalsozialismus die lange vor-enthaltene Anerkennung aussprechen sollen.
- Die SPD fordert die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung der Selbsthilfe, Selbstdarstellung und Selbstorganisation der Sinti und Roma, zum Beispiel für den Aufbau einer Geschäftsstelle, einer sozialen Beratungsstelle, zur Durchführung von Alphabetisierungsprogrammen und Werkstattmodellen.
- Die SPD fordert die Sicherstellung der sogenannten Zigeuerakten und die Streichung der gesonderten Erfassung von Roma und Sinti sowie die Zusätze „Landfahrer“, „ZN“ und „HWAO“ in INPOL-System.
- Die SPD arbeitet an einem Gesetzentwurf für eine Bundesstiftung, die allen Gruppen Entschädigungen für Schäden und Notlagen gewährt, denen die Anerkennung versagt geblieben ist, daß ihnen durch NS-Recht in Wahrheit schweres Unrecht geschah. Das Stiftungsvermögen soll etwa 250 Millionen DM pro Jahr umfassen und von Bund und Ländern aufgebracht werden. Im Fall der Zwangsarbeiter müßten zusätzliche Geldmittel von den Profiteuren der Ausbeutung eingezahlt werden, wobei die öffentlich-rechtliche Stiftung eine Entschädigungszahlung garantieren muß.

Sämtliche SPD-Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktion sind sich darüber einig, daß eine Stiftungslösung der schnellste Weg ist, um doch noch eine Teilgerechtigkeit herzustellen. Die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Bundesländer sind sich ebenfalls darüber einig, daß sie im Bundesrat einer öffentlich-rechtlichen Stiftung zustimmen werden, die je zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln finanziert wird.

Durch solche Maßnahmen beweisen wir glaubwürdiger unseren versöhnenden Umgang mit der Geschichte und unseren Einsatz für eine gerechtere Zukunft als durch den Bau von Steindenkmälern und Mahnmalen.

(-/23.9.1986/vo-he/st)

* * *

